

# SEBASTIAN BREHM

## Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,  
liebe Bürger!

Am Ende der Sitzungswoche geht der Blick dieses Mal nach Europa. Wir wählen ein neues Europäisches Parlament – in den meisten EU-Mitgliedstaaten wird wie in Deutschland am Sonntag gewählt. Es ist eine Wahl in einer Zeit großer Herausforderungen vom anhaltenden völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine über Handelskonflikte mit China, die Migrationskrise bis hin zur Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft. In dieser Lage braucht die EU ein starkes Parlament.

Die EU steht für Frieden, Freiheit, Rechtsstaat, Sicherheit und Wohlstand. Diese Errungenschaft müssen wir sichern – vor allem auch gegen jene, die die Gemeinschaft zerstören wollen. Und das in höchstem Interesse.

Ja: Unser Land ist der größte Nettozahler in der EU. Aber es profitiert auch enorm. Für jeden deutschen Euro, der nach Brüssel fließt, fließen zwölf Euro durch Aufträge an unsere Wirtschaft zurück und sichern hier Arbeitsplätze.

Deutschland ohne EU würde den Verlust von 2,5 Millionen Arbeitsplätze bedeuten, errechnete das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) unlängst.

Gute Gründe also, am Sonntag zur Europawahl zu gehen, für Stabilität und Wohlstand in Europa

und eine starke deutsche Stimme im neuen EU-Parlament.

Im eigenen Land mussten wir in dieser Woche erleben, dass sehr viele Menschen als Folge eines massiven Hochwassers buchstäblich vor dem Nichts stehen. Mein Dank gilt den unzähligen freiwilligen Helfern, Feuerwehrleuten, Polizisten und Soldaten, die noch Schlimmeres verhindert haben. Jetzt gilt es aufzuräumen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Dazu mehr im Newsletter.

Schlechte Nachrichten gab es für Finanzminister Christian Lindner. Das Haushaltsloch für nächstes Jahr vergrößert sich um 10 auf bis zu 40 Milliarden Euro. Schon wird in Berlin gemunkelt, das Hochwasser solle zur erneuten Aussetzung der Schuldenbremse genutzt werden. Das wäre ein Missbrauch der Not der Betroffenen.

Die Entscheidung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, die letzten drei Atomkraftwerke während der Energiekrise abzuschalten, wird ein parlamentarisches Nachspiel haben. Habeck konnte oder wollte die bekannt gewordenen Ungereimtheiten nicht aufklären. CDU und CSU haben einen Untersuchungsausschuss beantragt.

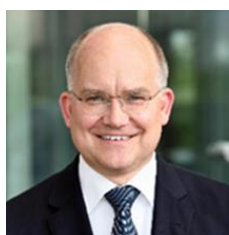
Ich wünsche Ihnen eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich  
Ihr Sebastian Brehm

# Steuerliche Erleichterungen für Familien



CDU und CSU wollen das Steuerrecht an die große Bedeutung von Familien bei der Versorgung von betreuungs- und pflegebedürftigen Kindern und Angehörigen anpassen. Kernstück des [Vorstoßes](#) ist die Ausweitung der bisherigen steuerlichen Förderung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse auf „familiennahe Dienstleistungen“. Der steuerliche Abzugsbetrag für die bisher als Sonderausgaben anerkannten Kinderbetreuungskosten soll künftig auch für die Betreuung und Pflege naher Angehöriger gelten. Großeltern sollen familiennahe Dienstleistungen im Haushalt ihrer Kinder steuerlich geltend machen können, wenn sie die Kosten getragen haben. Außerdem vorgesehen: Eine Anhebung des Kinderfreibetrags rückwirkend ab 1. Januar 2024 sowie eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes. Hier meine [Rede](#) zum Thema.



**Sebastian Brehm:** „[Es reicht nicht, in Sonntagsreden die Leistungen von Familien zu beklatschen. Wir müssen auch handeln und ein Signal setzen für die Wertschätzung der Leistungen, die](#)

Familien für die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen erbringen. Dazu gehören auch die Großeltern, die oft eine nicht zu unterschätzende Rolle gerade auch bei der Unterstützung alleinerziehender Mütter und Väter spielen.“

## Ampel lässt Versicherungsschutz für Hochwasser scheitern

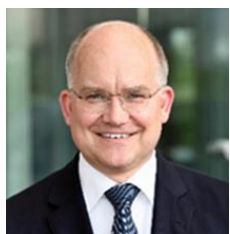


Hochwasser bedeutet für viele Betroffene den Ruin. Denn derzeit ist nur die Hälfte der Gebäude in Deutschland gegen Naturgefahren ausreichend abgesichert. CDU und CSU hatten deshalb bereits im vergangenen Herbst ein [Reformkonzept](#) vorgelegt, das eine Elementarschadenversicherung für Wohngebäude zum Regelfall in ganz Deutschland machen soll. Die aktuellen Hochwasser in Bayern und Baden-Württemberg haben den Handlungsbedarf noch einmal unterstrichen. Eine Anhörung im Frühjahr ergab, dass der Reformplan umsetzbar ist. Doch die Ampelkoalition hat die Initiative in dieser Woche mit ihrer Mehrheit gekippt, ohne selbst eine gangbare Alternative vorzulegen.

Nach dem Plan von CDU und CSU sollte in einem ersten Schritt bei allen Neuverträgen für Wohngebäudeversicherung eine Elementarschadenabsicherung verpflichtend

werden. In einem zweiten Schritt sollte das auch für bestehende Verträge gelten. Versicherte sollten allerdings die Möglichkeit haben nach ausführlicher Beratung auf diesen Schutz zu verzichten. Das wären überzeugende Anreize, Gebäude gegen alle Naturgefahren abzusichern bei gleichzeitiger Wahrung der Vertragsfreiheit.

Flankiert werden sollte die Reform durch eine staatliche Rückversicherung sowie durch die stärkere Berücksichtigung des Hochwasserschutzes bei der Bauleitplanung und einen verbesserten Hochwasserschutz.



**Sebastian Brehm:** „Der Handlungsbedarf ist unübersehbar. Es gibt ein umsetzbares Konzept. Die Ampel hätte nur zustimmen müssen. Doch sie lässt die Bürger buchstäblich im Regen stehen. Diese Untätigkeit der Bundesregierung ist nicht nur absolut unverständlich, sondern auch gefährlich. Klar ist auch: Eine Versicherungslösung ist kein Allheilmittel. Auch der Hochwasserschutz entlang der Flüsse und Bäche muss weiter verbessert werden.“

## Islamismus-Debatte offenbart rot-grün-gelbe Konzeptlosigkeit

Fast 1.700 Personen zählten unsere Sicherheitsbehörden 2023 zum islamistisch-terroristischen Personenpotenzial in Deutschland – mit deutlich steigender Tendenz. Angesichts dieser Entwicklung fordern CDU/CSU von der Bundesregierung ein konsequentes Vorgehen zur Eindämmung der Gefährdungen für Demokratie und Rechtsstaat. Dazu zählt für die Union vor allem eine konsequente Ausweisung

von ausländischen Islamisten. Doppelstaatler aus der islamistischen Szene, die auch die deutsche Staatsangehörigkeit haben, sollen diese verlieren.

CDU und CSU plädieren auch für ein konsequentes Verbot von Vereinen und Organisationen, die in Deutschland ein islamistisches System errichten möchten. Das gilt etwa für das Islamische Zentrum in Hamburg. Religiösen Vereinigungen, die ein Fall für den Verfassungsschutz sind, sollen die Gemeinnützigkeit verlieren. Moscheegemeinden, in denen islamistische Haltungen, Hassbotschaften, Terrorverherrlichung, Antisemitismus oder die Billigung von Straftaten predigen, sollen geschlossen werden.

Nötig wäre auch ein Aktionsplan „Politischer Islamismus“, vergleichbar dem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus. Ein wichtiger Punkt dabei: die Radikalisierung vor allem von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden im digitalen Bereich stoppen.

Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte in seiner Regierungserklärung am Donnerstag ein hartes Vorgehen gegen Islamisten an. Gleich danach lehnte die Ampelkoalition den [Antrag](#) der Union und damit gegen ein konsequentes Vorgehen gegen Islamisten ab.



**Sebastian Brehm:** „Die zunehmenden islamistischen Aktivitäten stellen eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben in unserem Land und für den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat dar. Der tödliche Messerangriff von Mannheim hat das leider auf blutige Weise bestätigt. In dieser Situation brauchen wir nicht wohlfeile Worte, sondern Taten. Das Verhalten der Ampel gibt wenig Hoffnung auf Besserung.“

## Stillstand statt Wirtschaftswende



Die Wachstumsprognosen der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr sind weiterhin mau. Die Wirtschaftsforschungsinstitute sind sich einig: Lediglich 0,2 Prozent Wachstums sind vorhergesagt und der Bundesfinanzminister spricht seit Monaten von der Wirtschaftswende. Doch bei der Ampel wendet sich nichts. Es herrscht Stillstand. Aktuelles Beispiel: Ein Antrag von CDU und CSU mit zwölf konkreten Maßnahmen zur Belebung der müde dahin dümpelnden Konjunktur wurde in dieser Woche im Wirtschaftsausschuss von der Ampelmehrheit zum wiederholten Mal ohne Begründung vertagt. Zum Maßnahmenkatalog der Union zählen u.a. die steuerliche Begünstigung von Überstunden, die steuerliche Entlastung von Unternehmen und eine Begrenzung der Sozialabgaben auf insgesamt 40 Prozent des Bruttolohns.



**Sebastian Brehm:** „Die Ampel blockiert den Aufschwung. Statt sich parlamentarisch mit den Vorschlägen der Union

auseinanderzusetzen, lehnen es SPD, Grüne und FDP mit ihrer Mehrheit seit Wochen ab, die Vorschläge der Union zur Belebung der Wirtschaft im Wirtschaftsausschuss auch nur zu beraten. Wir brauchen aber Aufbruch auf den Wachstumspfad statt endlosem weiteren Ampel-Streit.“

## Mehr Bürokratie für die Landwirtschaft



Vordergründig soll die neue Änderung des Düngemittelgesetzes die EU-Nitratrichtlinie in nationales Recht umsetzen. Tatsächlich aber geht es deutlich über die Richtlinie hinaus und öffnet den Weg zu noch mehr staatlichen Eingriffen in die Landwirtschaft. Mit der sog. Stoffstrombilanz – oder wie es jetzt heißt Nährstoffbilanz – hat es ein Instrument in das Gesetz geschafft, das weder der Umsetzung der Nitratrichtlinie noch der Wasserrahmenrichtlinie dient. Das Ergebnis ist weiterer unnötiger Bürokratieaufbau. Und ein Einfallstor für rot-grüne-gelbe Übergriffigkeit.“



**Sebastian Brehm:** Die Gesetzesänderung ist ein Dokument des regierungsamtlichen Wortbruchs. Statt unnötige

Bürokratie zu streichen, gibt es höhere Bürokratielasten und noch mehr staatliche Eingriffsmöglichkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieb. Der von Landwirtschaftsminister Özdemir versprochene Bürokratieabbau im

Agrarsektor hat sich mit diesem Gesetz in Luft aufgelöst.“



## Telefonsprechstunde

Ich möchte gerne für die Bürgerinnen und Bürger immer erreichbar und ansprechbar sein. Das ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie und meiner Arbeit. Das Telefon ist dafür noch immer eine schnelle Möglichkeit. Meine Telefonsprechstunde am 16. Mai hat das bestätigt. Am Donnerstag, 13. Juni 2024, in der Zeit von 10 bis 11 Uhr stehe ich Ihnen unter der Telefonnummer 030 – 227 74074 wieder für Ihre Fragen und Anliegen zur Verfügung. Ich freue mich auf Ihre Anrufe!

## BR zu Besuch beim Brehm.mobil



Das Brehm.mobil zu Gast am Wöhrder See! Und diesmal auch dabei der BR: für eine

Rundfunkreportage über die Umsetzbarkeit eigener Ideen in Partei und Parlament. Danke für das große Interesse an meiner mobilen Sprechstunde. Vielen Dank für tolle Ideen und Visionen, die Sie mir an dem Nachmittag präsentiert haben. Vielleicht lassen sich manche Dinge ja in die Tat umsetzen.

## Rock-Kärwa in Gostenhof



Rock'n'Roll in Gostenhof. Es ist eine der wenigen Kärwas, die noch von einer Kirchengemeinde organisiert wird. Wer Rock oder Heavy Metal liebt, darf die Rock-Kärwa in Gostenhof keinesfalls verpassen! Vielen Dank für die Einladung und die wie immer hervorragende Organisation an Pfarrer Peter Bielmeier.

**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

[sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.